

Riccardo Bavaj/Dominik Geppert
Jenseits des „Elfenbeinturms“
Hochschullehrer, Öffentlichkeit und Politik im Kalten Krieg

GWU 65, 2014, H. 3/4, S. 133–145
Mediengeschichte boomt. Die Forschungen zum Kalten Krieg sind kaum noch zu überblicken. Auch hat sich Intellektuellengeschichte als eigenes Forschungsfeld etabliert. Dagegen haben Hochschullehrer als spezifische Gruppe von historischen Akteuren für die Zeit nach 1945 bislang weniger Aufmerksamkeit erfahren. Der Beitrag skizziert, wie das Themenheft Forschungsfelder verbindet, die meist separat bearbeitet werden, und welche Perspektiven es eröffnet, Hochschullehrer zu untersuchen, die jenseits des „Elfenbeinturms“ als Intellektuelle oder Experten den Raum des Politischen mit gestalten wollten.

Marcel vom Lehn
Kalte Krieger?
Deutsche und italienische Historiker in der Frühphase des Ost-West-Konflikts

GWU 65, 2014, H. 3/4, S. 146–160
Prominente deutsche Historiker mischten sich ebenso wie ihre italienischen Kollegen als Intellektuelle in die öffentlichen Debatten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges ein. Unterschiedliche politische Kulturen und Öffentlichkeitsstrukturen bedingten aber verschiedene Ausprägungen dieses Engagements. Während in Italien Geschichtswissenschaftler häufig unabhängig von ihrer Fachkompetenz und in der DDR als Publizisten im Sinne der Parteilinie das Wort ergriffen, leiteten westdeutsche Historiker ihre politischen Forderungen aus ihrer Eigenschaft als Fachleute ab.

Matthias Oppermann
Ein transatlantisches Vital Center?
Raymond Aron und der amerikanische Liberalismus (1945–1983)

GWU 65, 2014, H. 3/4, S. 161–176
Raymond Aron war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der führende Repräsentant des französischen Liberalismus. Sein Einfluss reichte weit über Frankreich hinaus, und vor allem in den Vereinigten Staaten hat er noch heute einen festen Platz im Pantheon von Liberalen unterschiedlicher Provenienz. Der Beitrag versucht die Frage zu beantworten, welche Rolle Aron in der Zeit des Kalten Kriegs als öffentlicher Intellektueller in verschiedenen transatlantischen Netzwerken spielte, die alle den Anspruch erhoben, die Belange des Liberalismus zu vertreten.

Elke Seefried
Die politische Verantwortung des Wissenschaftlers
Carl Friedrich von Weizsäcker, Politik und Öffentlichkeit im Kalten Krieg

GWU 65, 2014, H. 3/4, S. 177–195
Carl Friedrich von Weizsäcker wirkte im Kalten Krieg an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Geleitet wurde der Atomphysiker von der Überzeugung, dass Wissenschaftler politische Verantwortung zu tragen hätten, da Wissenschaft und Politik in der modernen technischen Welt – und gerade im „Atomzeitalter“ – eng verwoben seien. Von Weizsäcker, der das Leitbild der „Weltinnenpolitik“ prägte, pendelte zwischen direkter Politikberatung und öffentlichem Wirken. Dominierte zunächst das Selbstverständnis des Experten, der über öffentliche Stellungnahmen vor allem Handlungsdruck auf eine politische Elite ausüben wollte, so fand von Weizsäcker immer stärker in die Rolle eines öffentlichen Mahners für den Frieden, der auch in der Friedensbewegung zu einer Autorität wurde.

Franziska Meifort

Der Wunsch nach Wirkung

Ralf Dahrendorf als intellektueller

Grenzgänger zwischen Bundesrepublik
und Großbritannien 1964–1984

GWU 65, 2014, H. 3/4, S. 196–216

Der Soziologe Ralf Dahrendorf (1929–2009) verfolgte eine deutsch-britische Karriere und nahm sowohl in der Bundesrepublik als Protagonist des deutschen Demokratisierungs- und Bildungsdiskurses der 1960er Jahre als auch in Großbritannien als Direktor der London School of Economics and Political Science (LSE) in den 1970er und 1980er Jahren einen bedeutenden Platz in der öffentlichen Sphäre ein. Der Aufsatz beleuchtet die Strategien, mit denen Dahrendorf in den Jahren 1964 bis 1984 in seinen verschiedenen Rollen als Universitätsprofessor, politischer Berater, Hochschulmanager und öffentlicher Intellektueller seine Wirkungspotenziale ausschöpfte, und wie er dabei nicht nur nationale Grenzen, sondern auch Grenzen zwischen den Sektoren von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit überschritt.

Fabian Klose

**„To maintain the law of nature
and of nations“**

Der Wiener Kongress und die Ursprünge
der humanitären Intervention

GWU 65, 2014, H. 3/4, S. 217–237

Die Thematik der humanitären Intervention, also das militärische Eingreifen eines Staates zur Verteidigung humanitärer Normen, wird in der Regel in der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts verortet. Der Beitrag zeigt, dass die Ursprünge dieser Staatenpraxis allerdings bereits am Beginn des 19. Jahrhunderts und im Umfeld des Kampfes gegen den transatlantischen Sklavenhandel zu finden sind. Mit der internationalen Ächtung des Sklavenhandels auf dem Wiener Kongress etablierte sich nicht nur eine humanitäre Norm im Völkerrecht, sondern es wurde unter Führung von Großbritannien zudem eine entsprechende internationale Durchsetzungsmaschinerie konzipiert, die aus einer innovativen Kombination militärischer und juristischer Mittel bestand. Im Zusammenhang mit dieser neuen Interventionspraxis lässt sich eine bemerkenswerte Verflechtung zivilgesellschaftlicher Agitation, humanitärer Normensetzung und dem Einsatz militärischer Gewalt konstatieren.